

II- **4350** der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 11. JUNI 1975

No. 2155/J

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. LANNER
und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr
betreffend Änderung des Fernmeldegebührengesetzes 1974

Die Fernmeldegebührengesetznovelle 1974 und die dazugehörigen Durchführungsbestimmungen des § 19 Abs. 3 führen in der Praxis zu Problemen, wenn es darum geht, alle im Bereich einer Gemeinschaft liegenden Anschlußwerber der Gemeinschaft zuzuführen und Spekulationen zu unterbinden. Derartige Schwierigkeiten sind vor allem in Oberösterreich aufgetreten.

Es wäre daher zweckmäßig, eine Änderung des § 19 Abs. 3 des Fernmeldegebührengesetzes in der Richtung vorzunehmen, daß man das ganze durch eine Telefongemeinschaft erschlossene Gebiet als Kriterium für die Verrechnung anteiliger Kosten heranzieht.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr folgende

A n f r a g e :

- 1.) Sind Sie bereit, eine Änderung des § 19 Abs. 3 des Fernmeldegebührengesetzes und der dazugehörigen Durchführungsbestimmungen im oben zitierten Sinne zu initiieren?
- 2.) Wenn ja, bis wann und in welcher Form soll eine solche Änderung erfolgen?
- 3.) Wenn nein, was ist die Begründung für Ihre ablehnende Haltung?